

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

18. Jahrgang

Berlin, den 11. Mai 1951

Nummer 19

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig.

Probleme der italienischen Wirtschaftspolitik im Zusammenhang mit dem Wiederaufrüstungsprogramm

Italien hat seit Beginn der Korea-Krise eine Anzahl von direkten und indirekten wirtschaftlichen Kontroll- und Lenkungsmaßnahmen in Kraft gesetzt. Sie sind in ihrer Notwendigkeit und in ihrem Ausmaß bestimmt durch die Tatsache, daß die Wirtschaft des Landes möglichst ohne Senkung des wieder erreichten Lebensstandards und ohne Gefährdung der wieder erungenen finanziellen Stabilität eine gewiß nicht unerhebliche Belastung für Wiederaufrüstungsmaßnahmen zu übernehmen im Begriff ist.

Der italienische Wiederaufrüstungsplan enthält zwei, in ihren wirtschaftlichen Auswirkungen verschiedene Programmpunkte: einmal die Aufstellung und Ausrüstung von italienischen Divisionen und eine Erhöhung des derzeitigen Mannschaftsbestandes (von 170 000 auf 250 000 Mann) und außerdem die Herstellung von Kriegsmaterial, wie Uniformen, leichte Waffen, Munition und Kriegsschiffe. Für die Finanzierung der Militärausgaben aus italienischen Mitteln sind in diesem Fiskaljahr (1. Juli 1950 bis zum 30. Juni 1951) im Budget 323 Mrd. Lire¹⁾ vorgesehen. In einer Gesetzesvorlage, die bereits vom Parlament genehmigt wurde, fordert die Regierung weitere Kredite in Höhe von 250 Mrd. Lire, deren Bewilligung durch den Senat noch aussteht. Da die derzeitige fiskalische Belastung nicht durch neue Steuern erhöht werden soll, werden die zusätzlichen Mittel durch die Emission von Staatsbonds mit fünfprozentiger Verzinsung und einer Laufzeit von neun Jahren aufgebracht werden. Solange dieser Sonderkredit vom Senat nicht gebilligt ist, kann die italienische Rüstungsproduktion nicht im vollen Umfang anlaufen. Bisher konnten nur Industrie-Unternehmungen, die über genügend eigene Mittel verfügen, z. B. die Fiatwerke, die Produktion für die italienische Rüstung aufnehmen.

Die italienische Regierung verlangt eine amerikanische Rüstungsbeihilfe in Form von Rohstoffen, Investitionsgütern und finanzieller Unterstützung in Höhe von 250 Mill. \$, zu deren Zah-

lung sich die Regierung der Vereinigten Staaten grundsätzlich bereit erklärt hat. An die ECA wurde für das Fiskaljahr 1950/51 ein Antrag auf Unterstützung mit Konsumgütern im Wert von 350 Mill. \$ gestellt. Außerdem soll für die Rüstungsaufträge der Atlantik-Pakt-Staaten an die italienische Industrie eine Vorfinanzierung von 200 Mill. \$ geleistet werden, d. h. in Höhe von 50 vH des Gesamtprojektes, da Italien sich nicht in der Lage sieht, diese Belastung ohne Gefährdung seiner finanziellen Stabilität zu übernehmen.

Wirtschaftspolitische Maßnahmen

Die Notwendigkeit, größere Teile des Sozialproduktes für die militärischen Bedürfnisse bereitzustellen, droht auch in Italien zu einer Verringerung des Angebotes an Konsumgütern zu führen. Doch werden die hieraus entstehenden Probleme erst nach dem vollen Anlaufen der Rüstungsproduktion die Wirtschaftslage Italiens entscheidend beeinflussen; bisher waren für die konjunkturelle Situation die unmittelbaren Rückwirkungen der Korea-Krise bestimmend, d. h. die Preisentwicklung auf dem Weltmarkt und die erhöhte Neigung zur Hortung von industriellen Rohstoffen. Die Verknappung der Rohstoffe führte zwischen Juni und November 1950 zu einer Steigerung der Großhandelspreise um 13 vH; die Kleinhandelspreise stiegen im gleichen Zeitraum um 3 vH und lagen somit nur um 2 vH über dem Preisstand vom August des Vorjahres. Ein Index der Rohstoffvorräte, der im Juli 1949 auf 129,5 (1938 = 100) gestanden hatte, lag Ende Juli 1950 bereits um 27,1 vH über der Vorjahrsziffer.

... auf dem Gebiete des Außenhandels

Um die Versorgung an rüstungsnotwendigen Rohstoffen sicherzustellen und die Rückwirkung der Preisentwicklung am Weltmarkt aufzufangen, hat das italienische Außenhandelsministerium folgende Aufgaben übernommen:

a) Die Koordinierung von Export- und Importplänen und die Kontrolle ihrer Durchführung.

¹⁾ 1 000 Lire = 1,6 \$.

b) Die Prüfung und Genehmigung der Exportfinanzierung.

Mit der Durchführung dieser Aufgaben konnte zunächst von einer direkten Lenkung des Konsums durch Rationierung abgesehen werden.

Im einzelnen sind folgende Maßnahmen getroffen worden: Die für die Rüstung erforderlichen Rohstoffe, wie Eisen und Stahl, Blei und Zink sowie Produkte aus Aluminium und Kupfer sind der Außenhandelskontrolle unterworfen. Der Export von Baumwollgarnen wurde verboten. Die Zölle für Fette wurden um 50 vH herabgesetzt, die Importzölle für Erdnüsse, Sojabohnen, Raps usw. sind zunächst bis zum Juli 1951 suspendiert. Außerdem hat die italienische Regierung zusätzlich 113 000 t Weizen aus Übersee gekauft. Mit dieser Erweiterung des Importprogramms für 1950/51 erhöhen sich die Dollarausgaben der italienischen Regierung, da die Waren aus anderen Währungsgebieten nur schwer und zu höheren Preisen erhältlich sind. Die Durchführbarkeit der italienischen Außenhandelspolitik auf längere Sicht wird nicht zuletzt von der Entwicklung der Handelsbilanz, insbesondere von der Preisschere abhängig sein, die sich zwischen dem Export- und Importgütern aufgetan hat. Insgesamt hatte Italien während des zweiten Halbjahres 1950 infolge der Verschlechterung der „terms of trade“ einen Verlust von 23 Mrd. Lire erlitten, der sich aus der Preissteigerung der Importgüter in Höhe von 31,4 Mrd. Lire ergab und nur zu einem geringeren Teil durch den Preisanstieg der Exportgüter in Höhe von 8,4 Mrd. Lire ausgeglichen wurde. Im ganzen konnte das Defizit des italienischen Außenhandels während der letzten Jahre erheblich reduziert werden:

	Ausfuhr	Einfuhr	Einfuhr- überschuß
		in Mrd. Lire	
1948	570,6	822,8	252,2
1949	638,6	857,0	222,3
1950	746,3	897,6	151,2

... in der Industriewirtschaft

Die rüstungsbedingte Belastung der italienischen Industrie wird in den nächsten zwei Jahren vermutlich 25 vH der Nettoproduktion ausmachen. Der notwendige Anpassungsprozeß an die Aufgaben der Wiederaufrüstung ist erschwert durch die überhöhten Kosten in der Industrie, die zum Teil die ausländische Auftragsvergebung an Italien behindert. Die Kostenlage der italienischen Industrie ist eine Folge der überflüssigen Kapazitäten, die aus der Expansion der Kriegsjahre herrühren und die in den Nachkriegsjahren nicht reduziert werden konnten. Zudem ist während der Kriegsjahre die Rationalisierung vernachlässigt worden, da die Maschinenindustrie mit staatlichen Rüstungsaufträgen beschäftigt und das Kostenproblem zu einem Problem zweiter Ordnung geworden war. Andere Industriezweige waren durch die Isolierung während des Krieges weder in der Lage, sich mit modernen Maschinen ausländischer Herkunft zu versehen, noch bestand aus Mangel an ausländischer Konkurrenz ein Interesse, die Kosten energisch zu reduzieren.

Die Bemühungen um die Modernisierung und Rationalisierung wurden erst im Jahre 1948 durch den Kauf von modernen Investitionsgütern aus USA stärker vorangetrieben. Im Außenhandelsprogramm für 1950/51 ist der Ankauf von Maschinen im Wert von 82 Mill. \$ und für 1951/52 im Wert von 29 Mill. \$ vorgesehen.

Um eine größere Effizienz der Betriebe zu erreichen, ist es notwendig, die überschüssigen Arbeitskräfte zu entlassen. Nach dem Kriege war die Entlassung von Arbeitern gesetzlich untersagt, und auch nach der Aufhebung dieses Gesetzes im Jahre 1947 blieb es faktisch in Kraft, weil die Gewerkschaften sich allen Entlassungen entschieden entgegenstellten. Die Steigerung

der Produktivität wird durch die neue Tarifpolitik zu erreichen versucht, die eine stärkere Differenzierung der Löhne für gelernte und ungelernte Arbeiter eingeführt hat.

Für die Steigerung der Produktion bedeutet die Schwierigkeit der Kohlenversorgung einen Engpaß. Italien fördert selbst nur 1,8 Mill. t Kohle (1950) jährlich bei einem Bedarf von rd. 11—13 Mill. t. Die Erzeugung von elektrischer Energie, die in Italien hauptsächlich auf der Wasserkraft beruht, soll durch die Errichtung von thermoelektrischen Zentralen gesteigert werden.

Angesichts dieser Anpassungsprobleme und Engpässe ist es verständlich, daß die staatliche Wirtschaftspolitik gerade auf dem Industriesektor zahlreiche Kontroll- und Lenkungsmaßnahmen ergriffen hat. Durch einen Ministerratsbeschluß vom Januar 1951 ist das Industrie- und Handelsministerium ermächtigt worden, die Lagervorräte an Rohstoffen, Halbfertigwaren und Fertigwaren zu kontrollieren und gegebenenfalls zu sperren. Die Industrie- und Handelsunternehmen sind verpflichtet, ihre Vorräte an Stahl- und Eisenerzeugnissen, Kupfer, Aluminium, Leder und Textilrohstoffen anzumelden. Um den Markt bei eintretenden Friktionen ausreichend mit Gütern zu versorgen, ist ein umfassendes staatliches Ankaufsprogramm entworfen worden. Zur Koordinierung dieser Aufgaben wurde ein interministerieller Ausschuß gegründet, der durch die Abstimmung der Ankaufspläne und Bestimmung der Prioritäten einen Preisanstieg der wichtigsten Rohstoffe infolge der staatlichen Käufe zu verhindern hat.

Neben diesen direkten Maßnahmen wurde zur Förderung der Rationalisierung der Industrie das Institut für industriellen Wiederaufbau (IRI) zusätzlich mit einem Spezialfond von 10 Mrd. Lire ausgestattet. Die Regierung bedient sich des Instituts zur Lenkung der Investitionen im industriellen Wiederaufbau; es kontrolliert ungefähr zwei Fünftel der italienischen Maschinenindustrie. Außerdem setzt die italienische Regierung die Besteuerung, die Preisfixierung auf bestimmten Gebieten und die Kontrolle über die Einfuhr der Investitionsgüter im Rahmen des Marshall-Planes für Investitionslenkung ein.

Ergänzt werden diese direkten Lenkungsmaßnahmen auf dem Gebiet der industriellen Investitionen durch entsprechende Kreditmaßnahmen. Durch den interministeriellen Kreditausschuß übt der Staat eine direkte Kontrolle über die Bankinstitute und über die Gewährung von Krediten aus. Die Art der Verwendung von Depositen, der Grad der Liquidität und die Höhe der Minimalreserven werden durch den Kreditausschuß festgesetzt. Diese allgemeinen Maßnahmen wurden im August 1950 durch eine qualitative Kreditkontrolle ergänzt, die zur Bremsung der privaten Horting von Rohstoffen führen sollte.

... auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes

Die Arbeiterentlassungen, die zur Rationalisierung und Kostensenkung in der italienischen Industrie als notwendig erachtet werden, veranlaßten die Regierung, ein umfassendes Programm für die Reduzierung der Arbeitslosigkeit und Unterbringung der Arbeiter in anderen Wirtschaftsbereichen aufzustellen. Die Maßnahmen umfassen die Reorganisation der Arbeitsämter durch eine Spezialkommission innerhalb des Arbeitsministeriums, die Umschulung und Anlernung von ungelernten Arbeitern und die Kontrolle der Wanderungsbewegung innerhalb Italiens. Der Arbeitsbeschaffungsplan enthält verschiedene Bauvorhaben von Krankenhäusern und Arbeitersiedlungen. Außerdem sind die Bemühungen der Regierung darauf gerichtet, die Emigration der italienischen Arbeiter durch ein System von bilateralen Abkommen, die die Auswahl, Placierung und soziale Betreuung im Ausland festlegen, zu unterstützen. Durch eine Erleichterung

der Auswanderungsformalitäten soll eine weitere Förderung der Emigration erreicht werden.

Diese Maßnahmen, die seit Beginn der Korea-Krise ergriffen wurden, basieren z. T. noch auf den Vollmachten, die der italienischen Regierung in den Kriegsjahren übertragen wurden. Diese Vollmachten wurden während der günstigen Entwicklung der italienischen Wirtschaft seit 1947 nicht mehr ausgeübt, konnten jetzt aber ohne parlamentarische Debatten wieder in Kraft treten.

Das Sonderbevollmächtigungsgesetz

Die zweckgebundenen Unterstützungen, die Italien von den USA erhält, die ungelösten strukturellen Probleme und die Abhängigkeit der italienischen Wirtschaft vom Außenhandel und nicht zuletzt die notwendige Beschleunigung des Rüstungsprogrammes veranlaßte die Regierung, die Übertragung von größeren Machtbefugnissen in einem besonderen Bevollmächtigungsgesetz zu verlangen. Der Gesetzesentwurf über die „Disziplinierung des Verbrauchs und der produktiven

Aktivität“ enthält die Übertragung von außerordentlichen Vollmachten an die Regierung für die Dauer von zwei Jahren. Zur Sicherung der inländischen Versorgung soll die Regierung ermächtigt werden, Rohstoffe, industrielle und landwirtschaftliche Produkte zu beschlagnahmen und die Requisition von Speicherhäusern im Bedarfsfall vorzunehmen. Für die Steigerung der Produktion und die Durchführung des Rüstungsprogrammes sind Maßnahmen zur Planung der Produktion und Festlegung von Prioritäten sowie die Einführung von Restriktionen und Verboten im Kreditwesen und bei den Investitionen vorgesehen. Mit der Befugnis zur Fixierung und Kontrolle der Preise, der Löhne und Dividendenzahlungen, sowie zur Rationierung des Konsums soll die Regierung die wirtschaftspolitischen Mittel erhalten, um bei einer weiteren Anspannung der wirtschaftlichen Lage Italiens die Währungsstabilität und möglichst auch den erreichten Lebensstandard zu sichern.

Der Kohlenbergbau Polens¹⁾

Schon vor dem Kriege nahm Polen in der Steinkohlenförderung — der Braunkohlenbergbau spielte eine unbedeutende Rolle — den vierten Platz in Europa (ohne die Sowjetunion) ein. Die Einbeziehung West-Oberschlesiens und Niederschlesiens in das polnische Verwaltungssystem gab dem polnischen Steinkohlenbergbau eine wesentlich größere Grundlage. Im Jahre 1946 konnte Polen auf den dritten Platz nach England und Deutschland rücken. Sein Anteil an der Weltkohlenförderung betrug im Jahre 1949 5 vH gegenüber 3 vH im Jahre 1938.

Steinkohlenförderung und Arbeitsproduktivität

Nach der Beseitigung der Kriegsschäden ging die polnische Regierung daran, durch Steigerung der Schichtleistung die Steinkohlenförderung zu erhöhen. Neben der schwierigen Ernährungslage war die Abwanderung der deutschen qualifizierten Kräfte eine Ursache für die zunächst stark zurückgebliebene Schichtleistung. Sie betrug im Jahre 1946 unter Tage 1074 kg gegenüber 1810 kg im Jahre 1938. Allmählich nahm die Schichtleistung zu (1947: 1216 kg, 1948: 1327 kg, 1949: 1331 kg). Man vermochte jedoch die deutschen Höchstleistungen von 1943 in Oberschlesien nur zu 75,9 vH und in Niederschlesien nur zu 67,7 vH zu erreichen.

Polens Steinkohlenförderung nach Revieren Monatsdurchschnitt in 1000 t

	1938	1943	1946	1948	1949	1943 = 100			
						1938	1946	1948	1949
						vH			
Ost-Oberschles.	2396	3454	1775	2505	2622	69,4	51,4	72,5	75,9
West-Oberschl.	2165	2448	1108	1712	1855	88,4	45,2	69,9	75,8
Dombrowa	558	917	458	665	735	60,8	50,0	72,5	80,2
Krakau	220	425	358	558	591	51,8	84,2	131,3	139,1
Niederschlesien	442	393	242	282	266	112,5	61,6	71,8	67,7
Insgesamt	5781	7637	3941	5722	6069	75,7	51,6	74,9	79,5

¹⁾ Durchschnitt von 9 Monaten.

¹⁾ Einschließlich des ober- und mittelschlesischen Bergbaus.

Der Sechsjahresplan

Die geplante Industrialisierung Polens verlangt eine schnelle Zunahme der Kohlenförderung. Im Laufe des Dreijahresplanes (1947—1949) stieg die Steinkohlenförderung von 59,1 Mill. t (1947) auf 74,1 Mill. t (1949) und blieb damit allerdings noch um 20,5 vH hinter der Leistung von 1943 zurück.

Besonders große Aufgaben stellt der Sechsjahresplan (1950—1955) dem polnischen Kohlenbergbau, in dem als Ziel für 1955 zunächst eine Förderung von 95 Mill. t Steinkohle gesetzt wurde. Im Mai 1950 wurde der Plan revidiert und eine weitere Erhöhung auf 100 Mill. t (1955) vorgesehen, nachdem man sich dazu entschlossen hatte, die Grundstoffindustrien noch stärker, als nach dem ursprünglichen Plan vorgesehen war, auszubauen. Die Braunkohlenförderung soll auch weiterhin einen bescheidenen Platz einnehmen und im Jahr 1955 8,5 Mill. t, also nur 7,9 vH der gesamten Kohlenförderung, betragen.

Kohlenförderung und -verarbeitung in Mill. t

	1938	1945	1946	1947	1948	1949	1950	1955 (Plan)
Steinkohle	¹⁾ 69,4	27,4	47,1	59,1	70,3	74,1	77,8	100
Braunkohle	—	—	—	4,8	5,1	4,6	²⁾ 4,8	8,5
Koks	5,7	—	3,3	4,1	5,2	5,8	²⁾ 6,0	·

¹⁾ Heutiger Gebietsstand. — ²⁾ Aufgrund von 8 Monaten errechnet.

Die weitere Zunahme der polnischen Kohlenförderung erfordert erhebliche Investitionen. Der Sechsjahresplan sieht für den Kohlenbergbau eine Investierung von 94,1 Mill. \$²⁾ im Jahresdurchschnitt vor (insgesamt 565 Mill. \$), also beinahe doppelt so viel wie im Jahre 1949 (49,2 Mill. \$) und fast das Vierfache wie im Durchschnitt der Jahre 1945—1948 (23,7 Mill. \$).

Folgende Projekte sind u. a. geplant: Das Niederbringen von insgesamt 16 000 lfd. Meter Schachtteufe,

²⁾ Nach der Währungsreform vom Oktober 1950 ist der amtliche Kurs 1 Dollar = 4 Zloty.

die Aufstellung von 26 Elektrofördermaschinen mit je 1000 kW, die Errichtung von 34 Fördertürmen, der Einbau von 41 Aufzügen mit Förderkörben sowie 7 neue Aufbereitungsanlagen und 7 neue Kohlenwäschen mit Flotationsvorrichtungen. Mit der geplanten Montage von 45 großen Turbokompressoren wird die gegenwärtige Zahl dieser Aggregate zwar nur um 10 vH erhöht; die Gesamtleistung soll dabei aber um 35—40 vH steigen. Von den acht im Bau befindlichen Schachtanlagen soll eine bereits 1953 in Betrieb genommen werden. Bis 1955 hofft man, sechs weitere Anlagen mit einer täglichen Förderung von je 10 000 t fertigzustellen.

Besonderen Wert legt man auf die weitere Mechanisierung des Kohlenbergbaues. Im Jahre 1950 betrug die mechanisierte Verladung nur 5 Mill. t Steinkohle, also nicht einmal 7 vH der Gesamtförderung. Bis zum Jahr 1955 sieht der Plan die mechanisierte Verladung von 65 vH der polnischen Kohlenförderung vor. Damit will man 20 000 Verladearbeiter einsparen und auf die Untertagearbeit umschulen.

Diese gewaltigen Pläne erklären das außerordentliche polnische bzw. sowjetische Interesse an Lieferungen von Investitionsmitteln aus dem Westen. Wieweit diese Pläne allerdings ohne die Mithilfe des Westens durchgeführt werden können, sei dahingestellt.

Beschaffung der Arbeitskräfte

Der allgemeine Mangel an qualifizierten Arbeitern und die Fluktuation der Arbeitskräfte zwangen die polnische Regierung, den Kohlenbergbau im Vergleich zu anderen Wirtschaftszweigen bevorzugt zu behandeln. Man versuchte mit allen Mitteln, möglichst viele polnische Bergleute aus dem Ausland zurückzuholen. Die Arbeiter des Kohlenbergbaues sind heute die relativ am besten bezahlten und verpflegten Arbeiter Polens. Das Gesetz vom 30. November 1949 brachte ihnen neue Vergünstigungen, u. a. eine steuerfreie zusätzliche Lohnerhöhung in Höhe von 5—20 vH. Diese Vorteile kommen nur dem Bergmann zugute, der nicht unentschuldigt der Arbeit fernbleibt. Im Jahre 1949 arbeiteten in 80 Steinkohlengruben 206 000 Arbeiter unter Tage.

Der Kohlenexport

Da die polnische Kohlenförderung den einheimischen Verbrauch bei weitem überstieg, konnte Polen schon vor dem Kriege bedeutende Kohlenmengen ausführen. 1938 betrug der Anteil des Exports an der Steinkohlenförderung rund 33 vH, 1950 wurden trotz des gesteigerten Bedarfs 34,4 vH ausgeführt. Charakteristisch ist die Änderung der Exportrichtung infolge der immer engeren wirtschaftlichen Verknüpfung mit dem Ostblock. Während vor dem Kriege die Kohlenausfuhr nach den Staaten des Ostblocks nur 0,9 vH ausmachte, stieg dieser Anteil im Jahre 1947 auf 53,1 vH und im Jahre 1950 auf 57,1 vH.

Polen nutzt jetzt die nach dem Korea-Krieg eingetretene Steigerung der Rohstoffpreise aus, um für die exportierte Kohle höhere Preise zu

Der polnische Steinkohlenexport nach Ländern¹⁾

Empfangs- länder	1937 ^{a)}		1947		1948		1949		1950 ^{a)}	
	Mill. t	vH	Mill. t	vH	Mill. t	vH	Mill. t	vH	Mill. t	vH
Ostblock- staaten ⁴⁾	0,1	0,9	10,2	53,1	12,0	45,3	15,3	53,3	15,3	57,1
davon:										
Sowjetunion	—	—	8,2	42,7	7,6	28,7	8,0	27,9	8,0	29,8
CSR	0	0	1,0	5,2	2,1	7,9	3,5	12,2	3,5	13,1
Skandina- vien	3,9	33,3	4,8	25,0	7,9	29,8	5,6	19,5	5,9	22,0
davon:										
Schweden ..	2,8	23,9	2,5	13,0	3,6	13,6	2,2	7,7	2,4	9,0
Mittel-u.W.- europa ⁵⁾ ..	5,4	46,1	3,3	17,2	5,5	20,8	6,3	22,0	4,1	15,3
davon:										
Österreich ..	0,8	6,8	0,9	4,7	1,3	4,9	1,5	5,2	1,5	5,6
Frankreich ..	1,6	13,7	0,5	2,6	1,9	7,2	2,0	7,0	0,7	2,6
Italien	1,6	13,7	0,4	2,1	1,1	4,1	1,5	5,2	1,1	4,1
Sonst. Län- der u. Bun- derkohle ..	2,3	19,7	0,9	4,7	1,1	4,1	1,5	5,2	1,5	5,6
Insgesamt.	11,7	100,0	19,2	100,0	26,5	100,0	28,7	100,0	26,8	100,0

1) Koks auf Steinkohle umgerechnet — 2) geschätzt — 3) aufgrund von 10 Monaten errechnet — 4) einschließlich Sowjetzone — 5) einschließlich Westdeutschland. — 6) damaliger Gebietsstand.

erzielen, die mitunter das Doppelte der Preise von 1949 erreichen. Es ist nicht bekannt, ob Polen auch von den Ostblockstaaten, insbesondere von der Sowjetunion, dieselben Preise erhält; es ist anzunehmen, daß die Schwankungen der Weltmarktpreise innerhalb des Ostblocks kaum zum Ausdruck kommen.

Die weitere Entwicklung

Während die Steinkohlenförderung im Jahre 1950 gegenüber 1949 nur um 5 vH gestiegen war, nahm die industrielle Produktion Polens im gleichen Zeitraum um 30,8 vH zu. Da diese unterschiedliche Entwicklung letzten Endes den lebenswichtigen Kohlenexport beeinträchtigen könnte, wurden durch ein Gesetz vom 8. November 1950 scharfe Sparmaßnahmen angeordnet, die sich auf den Verbrauch von Industrie- und Heizkohle beziehen.

Auch von der Förderseite sind die Mängel in der Kohlenversorgung nicht ohne weiteres zu beseitigen. Ein großer Teil der Kohlenproduktionsanlagen ist veraltet. Von 456 Turbokompressoren sind beispielsweise nur 120 weniger als 10 Jahre in Betrieb. Einen Engpaß bilden u. a. die Geräte für Untertagearbeiten, die vor dem Kriege meistens aus Deutschland bezogen wurden. Zu den Objekten des Sechsjahresplanes gehört deshalb der Bau einer Fabrik für Bergbauausrüstung.

Die polnische Regierung versucht, durch zahlreiche betriebliche „Wettbewerbe“ und „freiwillige“ Sonderschichten die Mängel in der Ausrüstung auszugleichen. Die für das Planjahr 1951 vorgesehene Steigerung um 3,7 Mill. t wird wahrscheinlich mit den gegenwärtigen Arbeitsnormen und bei normaler Arbeitszeit nicht zu erreichen sein.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Pacelliallee 6, und Bonn, Schaumburg-Lippe-Straße 6.
Präsident: Dr. Ferdinand Friedensburg. Abteilungsleiterkollegium: Prof. Dr. Bruno Gleitze, Dr. Ferdinand Grünig,
Prof. Dr. Bruno Kiesewetter, Dr. Hans Liebe, Dr. Karl Georg Mahnke, Prof. Dr. Joachim Tiburtius, Dr. Albert Wissler.

Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde,
Geranienstraße 2. Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N 65. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany.
Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung im Inland) DM 30,—, halbjährlich DM 16,—, vierteljährlich DM 9,—.

— Hierzu 1 Zahlenbeilage —

Gegenstand	Einheit	Vorjahr					Gegenwart										
		2.-8. April 1950	9.-15. April 1950	16.-22. April 1950	23.-29. April 1950	30. April bis 6. Mai 1950	25. Febr. bis 3. März 1951	4.-10. März 1951	11.-17. März 1951	18.-24. März 1951	25.-31. März 1951	1.-7. April 1951	8.-14. April 1951	15.-21. April 1951	22.-28. April 1951	29. April bis 5. Mai 1951	
		14.	15.	16.	17.	18.	9.	10.	11.	12.	13.	14.	15.	16.	17.	18.	
Woche:																	
Arbeitsmarkt																	
Arbeitslose in Westdeutschland	1000	.	1843	.	1784	.	1662	.	1618	.	1567	.	.	1510	.	1446	
" Westberlin	"	.	.	300	290	.	286	.	284	.	284	.	.	291	.	290	
Versicherte Arbeitslose in USA	"	2051	2093	2030	1955	1892	1028	978	.	.	.	.	.	.	.	.	
Produktion																	
Geschäftstätigkeit in USA	1935/39=100	202,0	202,6	202,5	203,6	205,1	219,5	218,0	217,7	218,5	219,7	225,4	224,0	225,6	.	.	
Industrieproduktion in USA	"	196,4	196,1	196,0	196,9	197,6	220,7	218,8	221,0	219,1	219,3	219,3	215,2	215,6	216,3	.	
Steinkohlenföhrd. in Westdtschld. 1)	1000 t	1678	1801	2220	2222	1815	2357	2474	2437	1976	2012	2356	2400	.	.	.	
" Großbritannien	"	4029	3183	4506	4667	4285	4670	4693	4775	4061	3358	4718	4708	.	.	.	
Kohlenförderung in USA	Mill. t	10,8	10,4	10,3	10,1	10,1	10,09	9,07	8,95	9,18	9,20	8,26	9,05	9,08	.	.	
Rohstahlerzeugung in Westdtschld. 1)	1000 t	145	138	168	165	135	149	154	164	153	147	176	180	.	.	.	
" USA	Mill. t	1,67	1,69	1,73	1,73	1,73	1,81	1,83	1,81	1,83	1,88	1,86	1,86	1,88	2,60	.	
Kraftwagenherstellung in USA	1000 Stück	139	148	150	147	147	181	181	178	176	182	164	164	165	164	.	
Stromverbrauch in Westdeutschland .	Mill. kWh	467	529	496	509	467	634	635	636	592	589	626	634	.	.	.	
" Westberlin 2)	"	15	13	15	15	13	19	19	19	18	16	e) 17	17	17	16	15	
Güterverkehr																	
Wagenanforderung } Bundesbahn	1000	264,6	259,7	316,7	324,7	267,5	385,2	376,7	402,8	343,8	337,1	382,7	356,7	.	.	.	
Wagengestellung } Westdeutschland	"	262,7	258,8	315,1	322,2	265,6	349,6	344,9	350,4	298,2	290,8	346,2	348,8	.	.	.	
Zahlungsverkehr																	
Zahlungsmittelumlauf in																	
Westdeutschland u. Westberlin . .	Mill. DM	7834	7445	.	7158	7981	7991	7766	7542	7422	8058	7770	7604	.	7210	8260	
Notenumlauf d. Bank von England . .	£	1282	1288	1283	1278	1280	1289	1295	1300	1313	1320	1322	1318	1315	1314	1319	
" Frankreich	Mrd. frs.	1346	1329	1311	1332	1348	1593	1587	1563	1553	1577	1610	1605	1582	1598	.	
" Niederland. Bank	Mill. hfl.	3063	3031	2972	2974	3049	2868	2866	2813	2785	2814	2829	2775	2740	2734	.	
" Belgisch. Nationalbk.	bfrs.	87799	87260	86314	86079	86785	87085	86483	85566	85026	85010	86122	85535	84976	.	.	
" Schweizer. "	sfrs.	4236	4149	4130	4267	4208	4383	4327	4282	4352	4420	4337	4285	.	4274	4424	
" Schwedisch. "	skr.	3069	3011	3030	3208	3107	3364	3269	3182	3251	3358	3199	3199	.	3239	.	
" Bank von Canada	\$	1271	1276	1273	1268	1274	1295	1302	1304	1315	1320	1322	1320	1322	1318	.	
Zahlungsmittelumlauf in USA	\$	27133	27072	26992	26962	27051	27188	27219	27167	27121	27038	27138	27166	27157	27122	.	
Geld- und Kapitalmarkt																	
Bank deutscher Länder																	
Inlandswechsel	Mill. DM	(3187)	(2993)	(2953)	(3011)	(2973)	3815	3896	3665	3596	3783	3711	3538	3326	.	.	
Schatzwechsel der Bundesverwaltung	"	19	29	20	34	34	327	375	336	82	78	80	60	1	.	.	
Lombardforderungen	"	1224	1187	994	1153	1083	1104	959	1018	902	1011	856	857	763	.	.	
Vorschüsse an die öfötl. Verwaltung .	"	22	58	—	229	372	811	679	571	404	670	644	701	419	.	.	
Forderungen gegen die öfötl. Hand. . .	"	5738	5794	5701	5808	5834	6017	5971	5940	5844	5928	5947	5943	5928	.	.	
Depositen	"	(798)	(977)	(881)	(780)	(1011)	2977	3015	3025	2506	2610	e) 2624	2760	2649	.	.	
480 repräsentative Geldinstitute in Westdeutschland																	
Kurzfristige Kredite an Nichtbanken .	"	.	.	.	.	.	9944	9788	9816	9741	e) 9493	9426	.	.	.	.	
Einlagen von Nichtbanken	"	.	.	.	.	.	11843	11986	11916	11871	e) 11814	11984	.	.	.	.	
darunter Spareinlagen	"	.	.	.	.	.	2044	2048	2044	2036	2043	2051	.	.	.	.	
Berliner Zentralbank																	
Wechsel	"	30,9	21,5	21,0	25,0	20,4	37,4	26,7	26,7	20,2	21,6	8,3	12,5	.	4,3	8,5	
Kassenvorschüsse	"	15,8	18,2	29,2	30,4	30,1	18,7	18,7	18,7	18,7	23,0	23,0	23,0	.	23,0	23,0	
Einlagen insgesamt	"	116,1	137,2	152,5	125,3	140,4	113,3	144,8	130,6	122,4	139,9	143,3	137,6	.	142,0	111,2	
Bank von England																	
Regierungspapiere d. Emissionsabtlg.	Mill. £	1299,3	1299,3	1299,2	1299,3	1299,3	1345,3	1345,2	1345,8	1345,7	1345,7	1345,7	1345,8	1345,7	1345,7	1345,8	
Forderungen der Bankabteilung . . .	"	532,0	555,0	557,9	551,4	555,8	361,9	350,5	362,6	395,0	407,3	410,5	399,5	402,6	394,8	384,2	
Depositen insgesamt	"	538,1	555,0	563,3	562,0	564,0	405,4	387,8	395,0	414,7	420,1	421,3	414,4	421,0	414,4	398,7	
Bundes-Reserve-Banken USA																	
Aktiva (gesamt)	Mill. \$	43728	44134	44112	43962	43896	47368	47048	47889	47956	48019	47593	47675	48388	47619	.	
darunter: Goldzertifikate	"	22488	22498	22496	22508	22509	20257	20115	20080	20021	20017	19948	19955	19948	19946	.	
Regierungspapiere	"	17572	17597	17410	17641	17711	21881	22179	22426	22348	22606	22914	23086	23026	22940	.	
Einlagen insgesamt	"	17760	17761	17694	17861	17951	20704	20564	21020	20951	21272	21064	21134	21479	21066	.	
darunter: Regierungseinlagen	"	622	587	647	833	878	465	494	420	608	1052	711	411	621	678	.	
Zinssätze																	
in Westdeutschland																	
Diskontsatz d. Bank deutscher Länd.	% p. a.	4	4	4	4	4	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	
Tagesgeld in provisionsfr. Rechnung	"	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
Spareinlag. m. gesetzl. Kündigungssfr.	"	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2 1/2	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	
Tagesgeld in London	"	1 1/2-3/4	1 1/2-3/4	1 1/2-3/4	1 1/2-3/4	1 1/2-3/4	1 1/2-3/4	1 1/2-3/4	1 1/2-3/4	1 1/2-3/4	1 1/2-3/4	1 1/2-3/4	1 1/2-3/4	1 1/2-3/4	1 1/2-3/4	1 1/2-3/4	
Handelswechsel, 3 Mon., London . .	"	1 1/4-1 1/4	1 1/4-1 1/4	1 1/4-1 1/4	1 1/4-1 1/4	1 1/4-1 1/4	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2	
Effektenmarkt																	
40/oige Wertpapiere in Westdeutschland																	
Kursniveau, gesamt	vH	7,67	7,68	7,68	7,69	7,70	7,28	7,25	7,24	7,19	7,15	7,15	7,16	7,17	.	.	
dar. Pfandbriefe d. Hypothekenbanken	"	7,77	7,77	7,74	7,74	7,74	7,36	7,34	7,34	7,27	7,18	7,17	7,15	7,13	.	.	
Pfandbr. d. öfötl.-rechtl. Kreditanst.	"	7,88	7,88	7,88	7,88	7,88	7,57	7,54	7,52	7,47	7,47	7,47	7,47	7,47	.		